



Interview vom 02.08.2009 im Generalanzeiger

Der Präsident des Bundesnachrichtendienstes über Terrorgefahren für Deutschland

**Generalanzeiger:** Herr Uhrlau, wir hören immer dieselbe Formel: Deutschland ist im Fadenkreuz des islamistischen Terrors. Wie nah ist die Gefahr wirklich?

**Ernst Uhrlau:** Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder erlebt, dass Gefahren vor nationalen Grenzen nicht Halt machen. Damit gibt es terroristische Gefahren auch in und für Deutschland. Die Kofferbomber in deutschen Regionalzügen und die Mitglieder der Sauerland-Gruppe hätten ihr blutiges Handwerk doch ausgeführt, wenn die Technik mitgespielt beziehungsweise die Sicherheitsbehörden nicht rechtzeitig zugegriffen hätten. Außerdem gibt es eine ganze Reihe von Ermittlungsverfahren gegen verdächtige Terrorhelfer nicht ohne Grund. Und: Seit Monaten erleben wir, wie sehr unterschiedliche Terrorgruppen den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan im Internet ganz bewusst thematisieren – teilweise mit Videobotschaften in Deutsch verbunden mit der Aufforderung, nach Afghanistan zu kommen und dort zu kämpfen. Es gibt kein Vertun: Deutschland ist im Fokus islamistischer Terrorgruppen.

**Generalanzeiger:** Deutsche leben auch außerhalb Deutschlands oder machen Urlaub im Ausland. Wie global ist die Gefahr?

**Uhrlau:** Al Kaida im Maghreb hat sich in diesem Jahr ganz offenbar darauf konzentriert, westliche Besucher in Nordafrika als Geiseln zu nehmen. In einem Fall haben sie auch nicht davor zurückgeschreckt, eine britische Geisel zu töten, nachdem sie mit ihrer Forderung keinen Erfolg hatten, einen in Großbritannien inhaftierten Al Kaida-Kämpfer freizubekommen. Es gibt eine Reihe von Erkenntnissen, die es sehr plausibel erscheinen lassen, dass Al Kaida auch weiterhin in der Sahel-Zone westliche Touristen entführen will.

**Generalanzeiger:** Das klingt bedrohlich.

**Uhrlau:** Es gibt keinerlei Anlass, bei der Prävention auch im Inneren nur ein Stück nachzulassen. Es gibt derzeit zwar keine konkreten Hinweise, aber zur Prävention gehört auch: wir müssen auf alles vorbereitet sein.

**Generalanzeiger:** Was ist von Thesen zu halten, nach denen die Taliban mit Terror gegen die Bundeswehr Deutschland aus der NATO-Truppe in Afghanistan „herausbrechen“ wollen?

**Uhrhau:** Fest steht: Die Sicherheitslage im Norden Afghanistans hat sich in den vergangenen eineinhalb bis zwei Jahren nachhaltig verändert...

**Generalanzeiger:** ...verschlechtert!

**Uhrhau:** Ja, in jedem Fall hat es bislang keine Entwicklung gegeben, die die Lage für Soldaten und zivile Helfer entspannt hätte. Gleichwohl hieße es, die Position der Bundesregierung zu verkennen, wenn irgendjemand glaubte, Deutschland würde sich wegen medial verbreiteter Drohungen aus seinen Verpflichtungen in der NATO und bei ISAF zurückziehen. Man muss wissen: Taliban und andere islamistische Gruppen führen ihren Krieg auch über die Medien. Sie inszenieren ihn regelrecht. Das ist Teil ihrer Strategie des Terrors.

**Generalanzeiger:** Auch Taliban lesen Zeitung und wissen um wichtige politische Termine. Wird sich die Lage nach den Wahlen in Afghanistan und in Deutschland beruhigen?

**Uhrhau:** Wir beobachten in Afghanistan jedes Jahr eine wellenförmige Entwicklung der Gefahren, die auch mit dem Klima des Landes zu tun hat. Im Winter ist es meist ruhiger als im Frühjahr oder im Sommer. Das hat nichts mit näher rückenden Wahlterminen zu tun. Deswegen erwarte ich nach diesen beiden Terminen keine Beruhigung.

**Generalanzeiger:** Führt die Bundeswehr Krieg gegen die Taliban?

**Uhrhau:** Für die Taliban ist das Krieg. Sie führen diesen Krieg asymmetrisch gegen ISAF-Soldaten und schonen dabei bewusst nicht die eigene Bevölkerung. Für uns sind das Terroristen.

**Generalanzeiger:** Glauben Sie noch, dass Osama bin Laden lebt oder lebt nur noch sein Mythos?

**Uhr lau:** Es gibt für uns keinen Anlass von seinem Tod auszugehen. Wäre er tot, hätte Al Kaida dies auch bekannt gemacht – mit entsprechendem medialen Getöse. Sie bräuchten seinen Tod nicht zu verheimlichen, denn der Kampf würde gleichwohl weiter gehen.

**Generalanzeiger:** Es heißt, Al Kaida sei nur noch der ideologische Überbau für einzelne, selbstständig operierende Terrorzellen. Woher bekommen die Kommandos für Deutschland ihre Befehle?

**Uhr lau:** Al Kaida ist sicher nicht mehr ganz so breit aufgestellt wie noch 2001 als es im Schutz der Taliban in Afghanistan operierte. Das heißt aber noch lange nicht, dass die Organisation nur noch Ideologie ist. Al Kaida stellt auch anderen, ideologieverwandten islamistischen Gruppen Personal, Kämpfer und Wissen zur Verfügung.

**Generalanzeiger:** Wenn es innerhalb der Gruppe der sogenannten Kreuzzügler aus dem Westen aus Sicht von Al Kaida eine Priorisierung gibt, wo steht Deutschland?

**Uhr lau:** Unverändert nicht an der ersten Stelle. Hauptgegner sind immer noch die USA und Großbritannien. Allerdings kann jeder Staat aus der Gruppe dieser Kreuzzügler in einer besonderen Situation auch einen ganz besonderen Stellenwert als Anschlagziel für Al Kaida bekommen. So haben die Anschläge von Mumbai zu einer erheblichen Auseinandersetzung zwischen Indien und Pakistan geführt, auch wenn die Attentate nicht auf das Konto von Al Kaida gingen. Dass der Konflikt zwischen den beiden Nachbarstaaten fast eskaliert wäre, ist sehr wohl im Interesse des internationalen Terrors. Destabilisierung verursacht Chaos und verhindert Ordnung.

**Generalanzeiger:** Deutschland ist gewappnet?

**Uhr lau:** Die Sicherheitsbehörden in Europa haben ihre Erfahrungen und arbeiten zusammen. Für Terrornetzwerke ist es erheblich schwieriger geworden, an Plänen, die sie in Europa möglicherweise entwickelt haben, auch festzuhalten. Ich will und kann nicht ausschließen, dass es einzelne Anschlagpläne gibt. Umgekehrt gilt aber auch: Die Netzwerke wissen nicht, was wir wissen. Die Kooperation der Sicherheitsbehörden hat es den Terrornetzwerken schwerer gemacht, ihre Anschlagpläne auch ins Ziel zu bringen.

**Generalanzeiger:** Wie gefährlich schätzen Sie die Wochen vor der Bundestagswahl, besonders den symbolträchtigen 11. September ein?

**Uhr lau:** Darüber möchte ich nicht spekulieren. Wir sehen eine veränderte Sicherheitslage für Deutsche und deutsche Einrichtungen gerade auch außerhalb von Deutschland. Die Lage in der Sahel-Zone und Afghanistan ist jedenfalls nicht entspannt.

**Generalanzeiger:** Anfang dieses Jahres sind Drohvideos aufgetaucht, in denen Vermummte in deutscher Sprache die Bundesrepublik direkt adressieren. Hat Sie das überrascht?

**Uhr lau:** Wir beobachten schon eine Weile, dass Dschihad-Kreise das Internet sehr professionell als PR- und Agitationsplattform nutzen – auch mit deutschen Beiträgen. Für die Dschihadisten sind solche Auftritte Werbe- und Kampfinstrument zugleich.

**Generalanzeiger:** Deutsche Konvertiten ohne Migrationshintergrund, also Kinder deutscher Eltern, laufen mittlerweile zu den Religionskriegern über. Wie kommen junge Deutsche dazu, sich von Islamisten gegen das eigene Land radikalieren zu lassen?

**Uhr lau:** Das ist schwer zu sagen. Vielleicht übt der Schritt, von einer Welt in eine andere zu wechseln, einen ganz besonderen Reiz aus. Diese neue Welt ist in sich geschlossen. Die Kandidaten verlassen ihr altes Leben komplett, tauchen in ihr neues von anderen bestimmtes und geplantes Leben ein, das sie in den Kampf bis hin zum Tod führt.

**Generalanzeiger:** Ist es schon so weit wie in Großbritannien: Die Terrorhelfer kommen aus der Mitte unserer Gesellschaft?

**Uhr lau:** Nein. In Großbritannien gibt es u.a. einen nennenswerten Bevölkerungsanteil mit pakistanischem Migrationshintergrund. Das ist eine ganz andere Ausgangssituation. So etwas haben wir in Deutschland nicht.

**Generalanzeiger:** Der BND hat für die Bundesregierung erstmals auch die Auswirkung der Weltwirtschaftskrise untersucht – warum?

**Uhr lau:** Wir haben untersucht, was passiert, wenn Energie- und Rohstoffpreise wegen Engpässen plötzlich steigen oder aber dramatisch fallen. Das hat auch eine außen- und sicherheitspolitische Relevanz, weil hohe oder niedrige Gas- oder Ölpreise immer auch die Stabilität in einigen Regionen beeinflussen können.

**Generalanzeiger:** Ex-Kanzler Gerhard Schröder ist Lobbyist eines deutsch-russisches Gaspipeline-Projektes, Ex-Außenminister Joschka Fischer berät das Nabucco-Konsortium. Hat der BND dazu eine Expertise?

**Uhr lau:** Wir analysieren Produktion, Verbrauch und Transport von Energie aus unserem außen- und sicherheitspolitischen Grundauftrag.

**Generalanzeiger:** Und, welches Projekt favorisieren Sie?

**Uhr lau:** Wir unterrichten die Bundesregierung. Wir sind keine Prüfgruppe für Variante A oder Variante B. Wir stellen Einschätzungen zur Verfügung, so wie es sich für einen Dienstleister gehört.

**Generalanzeiger:** Das Bundesverfassungsgericht hat der Bundesregierung attestiert, sie habe Informationsrechte des Parlamentes im BND-Untersuchungsausschuss verletzt. Was bedeutet das künftig für die Herausgabe eingestufte r Unterlagen?

**Uhr lau:** Das lässt sich im Moment noch schlecht sagen.

**Generalanzeiger:** Karlsruhe hat unter anderem auch Ihre Weigerung beanstandet, auf bestimmte Fragen im Ausschuss zu antworten. Welche Lektion hat der BND-Präsident gelernt?

**Uhr lau:** Das Bundesverfassungsgericht hat die für mich vorgelegte Aussagegenehmigung in dieser Form offensichtlich nicht akzeptiert. Das muss ich respektieren. Ich beneide jedenfalls niemanden, der mehrfach vor einem Untersuchungsausschuss aussagen muss. Das bindet Zeit und Kräfte. In unserem Haus war über lange Zeit eine bis zu dreistellige Zahl an Mitarbeitern damit beschäftigt, Ausschuss-Sitzungen vorzubereiten. Es gab eine lange Liste von Zeugen aus dem BND.

**Generalanzeiger:** Das geplante Gesetz zur stärkeren Kontrolle der Geheimdienste werden Sie nicht unbedingt bejubeln. Was befürchten Sie?

**Uhr lau:** Eine funktionierende parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste habe ich immer begrüßt. Das muss aber auch bedeuten: Ich kann alles vortragen, weil das Kontrollgremium geheim tagt, und es bleibt dann auch geheim. Es bleibt abzuwarten, ob die Besorgnisse begründet sind, dass mit dem sogenannten „Whistle Blower“ - die direkte Unterrichtung durch Mitarbeiter der Dienste an das Kontrollgremium - Sachverhalte kritisiert werden, die vor einer sachgerechten Prüfung schon als

vermeintliche Skandale öffentlich gemacht werden. Wenn vertrauliche Sachverhalte nicht vertraulich bleiben, schadet das nicht nur dem Dienst. Transparenz ist wichtig. Aber Transparenz heißt bei Nachrichtendiensten nicht in jedem Fall öffentliche Berichterstattung.